

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Verlagspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatl. Einzelhefte 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2123, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturzentralbank, Jahresbericht und Rechnungsabchluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsesephischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 217

Sonnabend, 17. September

1921

Beschaffung von Goldwerten.

Berlin, 15. September. Unter dem Vorherrsche des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Kaufverträge mit Preßbiernägeln des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die erste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Von allen Seiten wurde der Wille betont, praktisch und mit besonderen Eifer an dem Problem mitzuwirken, dem Reich die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Einigensommens weit fortgeschritten; um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Zustimmung weiterer produktiver Stellen des deutschen Wirtschaftslebens.

Die Nachrichten, die über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Behauptungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte, und die deswegen die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederanbau Deutschlands bezogenen Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Bankwelt wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

Berlin, 16. September. Über die Beweggründe, von denen der Reichsverband der deutschen Industrie bei den Verhandlungen mit den Regierungsvertretern über die Kreditbeschaffung ausgegangen ist, gehen mehrere Blätter die folgende Darstellung: Der Reichsverband der deutschen Industrie wäre der Meinung, daß, nachdem das Minimum angenommen wurde, alle Kräfte angestrengt werden müßten, um zu seiner Erfüllung beizutragen. Man rechnet damit, daß es der Industrie möglich sein würde, etwa 1 bis 1 1/2 Milliarden auszubringen und dadurch der Inflations auf dem Geldmarkt Einhalt zu tun. Man erhofft außerdem von dieser Aktion der Industrie eine Entlastung der Reichsregierung durch die fortgesetzten Zinsrückkäufe des Reiches geschaffenen Inflationen der deutschen Valuta. Bei den Verhandlungen wurde übrigens von allen Vertretern der Industrie gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Industrie eine Vorbereitung der jetzigen Regierungskoalition für dringend notwendig erachtet, damit namentlich auch die Kreise der deutschen Wirtschaft angefangen deren gemäßigten Leistungen für das Reich in der deutschen Regierung mit vertreten seien.

Die obereschlesische Frage.

Paris, 15. September. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Genf soll der Völkerverbundrat in der obereschlesischen Frage eine Lösung beschließen, die ungenügend der vom Grafen Gorya vorgeschlagenen entspreche.

Das Hilfswerk für Rußland.

London, 15. September. Nach dem „Evening Standard“ wird die Antwort der verbündeten Hilfskommission für Rußland auf die letzte Note Tschichereins besagen, daß man wünsche, alle europäischen Nationen am russischen Hilfswerk interessiert zu sehen, auch Deutschland, Polen und Rumänien. Bevor jedoch alle Tatsachen von einer Untersuchungskommission festgestellt seien, würden die verbündeten Regierungen nicht bereit sein, ein System der Kreditgewährung oder irgendein anderes zu empfehlen. Wie weiter berichtet wird, verlaute hier, die britische Regierung beabsichtige, den Vorschlag zu machen, daß die Nationen eine internationale, und nicht eine internationalisierte Roteschleife sei, um jeden Verdacht bei der Sowjet-Regierung zu beseitigen, daß die durch die Hungernot in Rußland geschaffene Lage von den Verbündeten für politische Zwecke ausgenützt werde.

Paris, 15. September. Die internationale Hilfskommission für Rußland trat heute nachmittags am Quai d'Orsay zusammen. Nach dem „Intransigant“ haben die französischen Mitglieder nicht die Absicht, der Kommission die Auflösung und Winkeln der Arbeiten vorschlagen.

Paris, 15. September. Nach einer Havas-Meldung aus Reval hat das russische Volksturnier nach Moskauer Nachrichten das Hilfswerk für Rußland als ein Friedensvertrag.

Polnische Vorbereitungen jenseits der Grenze.

Berlin, 16. September. Von unterrichteter Seite wird unterer Vertreter folgendes mitgeteilt: Infolge des allerdings großen Stimmungsumschwunges der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens nach der deutschen Seite hin sind die Warschauer Dunkelmänner gezwungen, ihre Organisationsbemühungen nach Kongresspolen zu verlegen. Von dort aus werden zahllose Agenten über die Grenze nach Oberschlesien geschickt, um hauptsächlich unter den jugendlichen Arbeitern auf den Bauernfang auszugehen. Wenn auch die polnische Bevölkerung, durch die Erfahrungen des letzten Aufstandes klug geworden, den plumpen lächerlichen Versprechungen der kongresspolnischen Agenten keinen Glauben mehr schenkt und längst erkannt hat, daß ihr eigenes Wohl den engsten Anknüpfungspunkt an das deutsche Vaterland bedingt, so ist doch das verbrecherische Treiben dieser gewissenlosen, von Warschau bezahlten, landfremden Agitatoren geeignet, Unruhe und Aufregung unter die friedliche Bevölkerung Oberschlesiens zu bringen. In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten, daß von kongresspolnischen Agenten in Oberschlesien für eine Division geworben wird, die unter der irreführenden Bezeichnung „Freiwilligen-division Polen“ in Sowdnice zusammengestellt wird. In Wahrheit besteht diese Division aus größten Teile aus Kongresspolen, die sich ganz als Oberschlesier aufspielen. In Warschau wird für die Division das Plebiszit-Komitee na Górnym Ślązku unter Leitung von Prof. Gernalinski. Ferner befinden sich in der Warschauer Ulica und in der Strakonowka 60 Bureaus, die den gleichen Zweck verfolgen und in den nur Kongresspolen angestellt sind. Finanziert wird die Division, wie einmündig festgestellt worden ist, durch die Warschauer Regierung. Die Organisation der Division in Sowdnice liegt in den Händen des Majors Wronka. Die Ausbildung leiten kongresspolnische Offiziere, deren Führer der Major Markowski ist. Dieser besetzen zwei Infanterieregimenten und ein Artillerieregi-

angebot des estnischen Roten Kreuzes abgelehnt und erklärt, daß die gegenwärtig in Rußland bestehende Organisation zur Unterstützung der durch den Hunger betroffenen Gebiete genüge.

Paris, 16. September. (Agence Havas.) Der internationale Hilfsausschuß für Rußland trat heute nachmittags im Ministerium des Äußeren unter Vorsitz von Roussin zusammen. Er nahm die Antwort Tschichereins zur Kenntnis und erklärte sich mit seinem Vorschlagden Roussin vollständig, der den in der Sitzung vom 1. September einstimmig festgestellten Wortlaut an die Sowjetregierung weitergegeben hat. Der Generaldirektor des Internationalen Roten Kreuzes, Edward Fred, ein Mitarbeiter Roussins, gab eine mündliche Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß Roussin und Roussin eine Untersuchung für unerlässlich halten, um die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen die Hilfeleistung für Rußland organisiert werden könnte. Der internationale Hilfsausschuß beschloß, auf Grund der vom Obersten Rote ihm übertragene Vollmacht einen Ruf an alle Staaten zu richten, die bereit sind, sich an dem humanitären Werke zu beteiligen. Der Hilfsausschuß setzt seine Bemühungen fort, um die Mittel zu finden, das Werk der Menschlichkeit, das er übernommen hat, zu einem guten Ende zu führen.

Caillaux über den Versailler Friedensvertrag.

Paris, 15. September. Der uruguayische Schriftsteller Agosteo Agosteo hatte eine Unterredung mit Caillaux über den Versailler Friedensvertrag, die im „Gelait“ veröffentlicht wird. Caillaux sagte danach, was den wirtschaftlichen und finanziellen Teil des Vertrages anbetrifft, so kann ich wohl erklären, daß der angebliche Friedensvertrag in Wirklichkeit für die Welt wirtschaftlich den Krieg bringt und daß ihn das klar charakterisiert. Um mich ganz klar auszudrücken, der Versailler Vertrag entspricht mir viel mehr als ein mittelalterlicher Friedensvertrag denn als ein Friedensvertrag.

ment. Außer der militärischen Ausbildung finden noch verschiedene Kurse statt 1. zur Erlernung der polnischen Sprache, 2. zur Ausbildung von Lehrern, 3. zur Ausbildung von Bahn-, Post- und Polizeibeamten. Diese und andere intensive Vorbereitungen jenseits der Grenze beweisen den Respekt Kongresspolen vor der kommenden Entscheidung des Völkerbundesrates und machen uns Deutschen zur Pflicht, die Augen offenzuhalten, Gegenmaßnahmen zu treffen und uns nicht überzehen zu lassen.

Die Vorgänge im Burgenlande.

London, 15. September. „Daily Express“ berichtet, daß die Völkerverbundrat, Ungarn aufforderte, das Burgenland innerhalb 14 Tagen zu räumen.

Die irische Frage.

London, 15. September. (Reuters.) Wie verlautet, erklärte de Valera in einem Briefe an Lloyd George, er wäre bereit, in eine Besprechung für die englisch-irische Konferenz für die nächsten vier Wochen in Inverness zu widerrufen. Er wolle das Kabinett über die nun notwendigen Schritte befragen.

Protest gegen die Einverleibung Montenegro in den jugoslawischen Staat.

Genf, 16. September. Dem Generalsekretariat liegt ein montenegrinischer Protest gegen eine Einverleibung Montenegro in den jugoslawischen Staat vor. Der Protest ist unterzeichnet: Ghot, Minister des Äußeren des Königshauses Montenegro.

Die albanische Frage.

London, 15. September. Reutersbureau erzählt, daß in weiten Kreisen Verheeren über die Berichte in der italienischen Presse ausgebrütet wird, wonach England der albanischen Frage gegenüber Italien eine unfreundliche Haltung einnehme. Dies entspricht nicht den Tatsachen, denn die britische Regierung teilt vollkommen den Wunsch der italienischen Regierung, die Unabhängigkeit Albanien gegen jeden Eingriff zu schützen.

Die Verschwörung in Konstantinopel.

London, 15. September. Reutersbureau meldet, daß die Verschwörer in Konstantinopel den Scheich el Islam und andere hervorragende türkische Beamte ermorden wollten. Bisher sei noch nicht ersichtlich, inwieweit und ob überhaupt der bolschewistische Einfluß mit der Bewegung zusammenhänge. Unter den indischen Truppen wurden zahlreiche aufreizende Schriften verteilt. General Darrington, der in enger Verbindung mit den Verbündeten handelt, hat die Freiheit erhalten, die Lage zu behandeln, die ungenügend ernst ist. Es besetze jedoch Grund zur Annahme, daß der Bewegung rechtzeitig Einhalt getan wird.

Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 15. September. Nach einer Havas-Meldung aus Madrid sind keinerlei Nachrichten von Bedeutung aus Marokko eingegangen. Am Nachmittag fand ein Ministerrat statt. Nach seiner Beendigung erklärte die Minister, daß sie keinerlei Nachrichten aus Marokko hätten. Am Mittwochabend wurde ein Bericht veröffentlicht, daß die Artillerie von Guguur die Umgrüfung von Melilla bombardiert habe. Die Marokkanen hätten spanische Kolonnen angegriffen.

Die Sanktionen.

Der 15. September ist vorübergegangen, ohne daß die wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland aufgehoben worden sind. Ministerpräsident Briand hat es nicht einmal für nötig erachtet, dem Völkerverbundrat, das in allen Punkten des Ultimatus treulich bis zur Ausfertigung seinen guten Willen zeigt, den Bruch des französischen Versprechens zum 15. September auch nur anzukündigen. Nur eine Pariser Zeitung, das „Journal“, hat sich zu einer halbamtlichen Erklärung bequemt, die Sanktionen blieben bestehen, weil Deutschland die Wünsche der Verbündeten abgelehnt habe. An dieser Erklärung ist so ziemlich jedes Wort irrig. Es handelt sich nicht um Wünsche, sondern um Forderungen, gestellt von einem unerbötigen Nachdruck. Auch wünschen die „Verbündeten“ nichts, sondern die Franzosen alles. Unblich hat Deutschland nicht das mindeste abgelehnt. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung am 26. August eine Note überreicht, in der zu fast allem, was der Oberste Rat als Bedingung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen genannt hatte, Ja und Amen gesagt wurde. Um die deutsche Loyaltät zu beweisen, erklärte sich der Außenminister Dr. Rosen mit dem verbündeten Kontrollorgan für die Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet einverstanden und knüpfte daran lediglich die „Voraussetzung“ — Bedingung wäre ein zu hartes Wort gewesen —, daß das verbündete Organ jeder Vermischung in die deutsche Expertise enthalten werde. Die deutsche Note wies darauf hin, daß man sich über das verbündete Organ vernünftig verständigen müsse; der Erfolg einer Entscheidung stehe der deutschen Regierung zu und nicht der internationalen Rheinlandskommission, deren Befugnisse sich nur auf die Streitkräfte im besetzten Gebiet beziehen. Eine Erweiterung dieser Befugnisse durch einseitigen Beschluß des Obersten Rates sei weder im Rheinland, noch im Friedensvertrag vorgesehen. Aber man werde ja in Koblenz darüber verhandeln. Im übrigen verfürte die Note, daß die deutsche Regierung unter grundsätzlicher Würdigung ihres Standpunktes über die rechtliche Angemessenheit der Sanktionen überhaupt gegen die Gültigkeit aller Handlungen, die während der Dauer der Sanktionen vorgenommen worden sind, keine Einwendungen erheben werde. Der Oberste Rat hat auf die deutsche Note bis jetzt nicht eine Zeile geantwortet; man sagt, weil im Kreise der Verbündeten wieder Streit ausgebrochen ist. Frankreich will für die Aufhebung der Zollsperre die freie Einfuhr seiner Luxuswaren nach Deutschland erzwingen. England, durch die Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur von neuem frisch gemacht, mißbilligt einen so außerordentlichen Vorzug. Italien hält sich wie immer an England. Man konnte sich nicht einigen, und deshalb antwortete man nicht. Deshalb ließ man auch den 15. September heranfließen, ohne mit Deutschland zu verhandeln, ohne irgend etwas zu tun. Wie weit der Zwiespalt innerhalb der Verbündeten gediehen ist, beweist die Note, die der Abgeordnete Dutreil (soeben im Pariser „Journal“) für die innere Stimmung in der Entente anstimmte: „Frankreich ist isoliert... Frankreich findet England überall vor sich oder neben sich, wenn nicht gar in offener Feindschaft. Verschiedene amerikanische Staaten stehen gegen Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika lehnen es trotz ausgezeichneter platonischer Kundgebungen ab, die französische Politik zu unterstützen, während sie die Monroe-Doktrin wieder aufrichten und dabei den Dollarfuß auf einer Höhe halten, der uns ruiniert... Spanien haßt uns... Italien ist mehr als referenziert“ usw. Das genügt wohl, um die Lage zu kennzeichnen.

Auf dem Deutschen Juristentag in Bamberg wurden am 14. September ganz ausgedehnte Ausführungen über die widerrechtlichen Gewaltmaßnahmen der sogenannten Sanktionen gemacht. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich zwar die Machtverhältnisse nicht ohne weiteres ändern lassen, aber, so sagte der frühere österreichische Justizminister Klein, auf die geistige Stellung Deutschlands im Rat der Völker können wir einwirken, in Literatur und Presse. Daß die deutsche Regierung sich diesen neuen Willkürakt der französischen Regierung nicht gefallen lassen wird, versteht sich von selbst. Denn